

FDP.Die Liberalen, Neuengasse 20, 3011 Bern

Bern, 20. Mai 2026 / RC
VL_Armee

Elektronischer Versand: Vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee durch Erhöhung der Mehrwertsteuer **Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der Bundesrat schlägt einen verschuldungsfähigen Fonds zur Finanzierung von Rüstungsinvestitionen im Umfang von 31 Milliarden Franken vor. Zur zweckgebundenen Alimentierung des Fonds schlägt er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer befristet auf 10 Jahre vor.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich verschlechtert. Eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit ist von elementarer Bedeutung für den Schutz der Bevölkerung und die Souveränität unseres Landes. Die FDP.Die Liberalen setzt sich für eine starke und einsatzfähige Armee ein und betont, dass die politischen Prioritäten konsequent auf die heutige sicherheitspolitische Lage ausgerichtet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die FDP die Schaffung eines Fonds zur Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee. Der Bundesrat möchte mehr Planungs- und Realisierungssicherheit und bei der Mittelverwendung über erhöhte Flexibilität verfügen. Dies ist im Grundsatz sinnvoll. Die FDP bewertet auch die Verschuldungshöhe des Fonds von rund 6 Mia. CHF und den verbindlichen Abbauplan positiv.

Eine Alimentierung über eine Mwst.-Erhöhung lehnt die FDP in aller Deutlichkeit ab. Erstens ist diese nicht mehrheitsfähig und wird spätestens vor dem Volk scheitern. Damit ginge wichtige Zeit verloren, um eine tragfähige Lösung zur Finanzierung der Verteidigungsfähigkeit zu finden. Zweitens darf es nicht sein, dass der Bund einmal mehr den Mittelstand mit höheren Steuern belastet, obwohl der Bund jährlich rund 90 Milliarden einnimmt. Der Bund hätte mehr als genug Geld zur Verfügung, um eine wichtige Investition in die Verteidigung von rund 3,1 Milliarden Franken pro Jahr zu finanzieren.

Die FDP fordert den Bundesrat deshalb auf, die Mehrheitsfähigkeit und die Interessen unserer Bürger bei der Vorlage stärker zu gewichten. Wir schlagen vor, dass ein Grossteil des vom Bundesrat geforderten Volumens aus dem allgemeinen Bundeshaushalt finanziert wird. Weiter soll der Bundesrat alternative Alimentierungen für den Fonds prüfen. Dazu gehören beispielsweise die Verwendung der Zusatzausschüttungen der SNB oder eine Kapitalmobilisierung durch einen Teilverkauf der Bundesbeteiligungen an Swisscom.

Im Übrigen betont die FDP, dass eine intakte inländische Rüstungsindustrie für die Wehrfähigkeit und den Werkplatz Schweiz entscheidend ist. Die Schweiz darf ihre

sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit nicht durch unnötig restriktive Rahmenbedingungen und Wiederausfuhrregeln schwächen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer